



Zur unmittelbaren Veröffentlichung 30.05.2023

## Kontakt

Edward Mutebi (Rückfragen & Interviews | *Englisch*)  
[lwuganda@gmail.com](mailto:lwuganda@gmail.com) | +254 73360 5646

Adrian Schlegel (Rückfragen | *Deutsch*)  
[schlegel.adrian@gmail.com](mailto:schlegel.adrian@gmail.com) | +49 163 337 6965

## Angesichts Anti-LGBTQI\* Gesetz in Uganda: Bundesregierung zum Handeln aufgefordert

Mit der Unterschrift des Präsidenten Yoweri Museveni wird Homosexualität in Uganda unter Todesstrafe gestellt. Vertreter\*innen der LGBTQI+ Community in Uganda und Deutschland fordern die deutsche Bundesregierung zum sofortigen Handeln auf.

**Kampala, Uganda & Berlin, Deutschland:** LGBTQI\* und Menschenrechtsorganisationen rufen die deutsche Bundesregierung auf, das nun in Kraft getretene "Anti-Homosexuality" Gesetz in Uganda zu verurteilen und Menschen in Gefahr zu schützen. Harte Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit der ugandischen Regierung, schnelle Unterstützung von Schutzräumen in Uganda und humanitäre Visa werden unter anderem in einer Petition und einem offenen Brief gefordert, den rund 80 Prominente in Deutschland unterzeichnet haben.

Die Forderungen reihen sich in Bemühungen der ugandischen Dachorganisation für LGBTQI\* Rechte "Convening for Equality" ein, die bereits den US Präsidenten zum Handeln aufgerufen haben. Laut Wieland Speck, einem der Mitinitiatoren des Offenen Briefes, Träger des Bundesverdienstkreuzes und Filmemacher "verlangen wir von der Bundesregierung alles zu tun um die Sicherheit von LGBTQI\* in Uganda zu garantieren - durch direkte Unterstützung von LGBTQI\* und Menschenrechtsorganisationen vor Ort als auch durch mindestens 200 unbürokratische humanitäre Visa für Menschen in akuter Gefahr." Weiter sieht Edward Mutebi, ugandischer LGBTQI\*- und Menschenrechtsaktivist "die Bundesregierung mit ihrem Aktionsplan Queer Leben und den Zielen einer feministischen Außenpolitik in der Verantwortung, sowohl eine internationale Verurteilung vorantreiben, als auch harte Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit der Regierung Ugandas ziehen." Für die deutsche Bundesregierung ist der Umgang mit der Situation in Uganda nun also auch eine Probe, ob Ziele des Aktionsplans "Queer Leben" und ihrer feministischen Außenpolitik tatsächlich umgesetzt werden.

Mit der Unterschrift von Präsident Yoweri Museveni trat das umstrittene "Anti-Homosexuality" Gesetz am Freitag, den 26. Mai in Kraft, welches laut Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Queeren und Intersexuellen Menschen (LGBTQI\*) eines der feindlichsten der Welt ist. Das Gesetz bedroht gleichgeschlechtliche Beziehungen und LGBTQI\* mit lebenslanger Haft, in besonderen Fällen sogar mit dem Tod. Wer queere Menschen nicht denunziert, sie unterstützt oder in den Medien positiv über sie berichtet, kann mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden.

---

## Hintergrundinformationen

### *Das "Anti-Homosexuality" Gesetz*

Wie nun öffentlich wurde, hat Präsident Yoweri Museveni das "Anti-Homosexuality" Gesetz bereits am 26.05. unterzeichnet. Der Gesetzesvorschlag wurde ursprünglich am 21. März und in einer überarbeiteten Version am 2. Mai diesen Jahres vom ugandischen Parlament verabschiedet. Das "Anti-Homosexuality" Gesetz kriminalisiert gleichgeschlechtliche Beziehungen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queers und Intersexuelle mit lebenslanger Haft. Das Gesetz verurteilt HIV-positive Menschen zum Tode, wenn sie der Homosexualität überführt werden und stellt gleichgeschlechtliche Beziehungen zu einer Person mit einer Behinderung oder zu einer Person im fortgeschrittenen Alter ebenfalls unter Todesstrafe. Der Gesetzentwurf kriminalisiert darüber hinaus Verbündete der LGBTQI+ Gemeinschaft. Die Bereitstellung von medizinischer Versorgung, Wohnraum, Rechtsberatung oder sogar queerfreundliche Äußerungen in den Medien können mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden. Auch Minderjährige, die an homosexuellen Handlungen beteiligt sind, werden nach dem Gesetzentwurf mit bis zu drei Jahren Haft bestraft. Die Darstellung von Homosexualität in den Medien soll zudem verfolgt werden. Im weltweiten Vergleich stellt der Gesetzentwurf damit eines der diskriminierendsten Rechtsdokumente gegenüber LGBTQI+ Menschen dar.

### *Menschenrechte außer Kraft gesetzt*

Während Homosexualität in Uganda bereits durch Gesetze aus der britischen Kolonialzeit kriminalisiert wird, stellt dieses Gesetz eine erhebliche Verschärfung dar. Nach Angaben der ugandischen Menschenrechtsorganisation "Let's Walk Uganda" hat die Verabschiedung des Gesetzes in den vergangenen Monaten homophobe Diskussionen in den Medien und mehrere Fälle von Mobgewalt ausgelöst. Laut LGBTQI+ Organisationen in Uganda muss davon ausgegangen werden, dass das verabschiedete Gesetz Diskriminierung weiter anheizen wird und eine Zunahme der Verfolgung und eine noch nie dagewesene Vertreibung von LGBTQI+ nach sich ziehen wird. "Die Erfahrungen aus der vorläufigen Verabschiedung des dann als verfassungswidrig zurückgenommenen Anti-Homosexualitätsgesetzes 2013 zeigen, dass die LGBTQI+ Gemeinschaft nach der Verabschiedung des Gesetzes mit Massenverhaftungen, Polizeigewalt und Obdachlosigkeit konfrontiert sein wird", befürchtet Edward Mutebi.

## Stimmen zur freien Verfügung

*“Wir fordern von der Bundesregierung eine ausreichende Anzahl humanitäre Visa und unbürokratische direkte Unterstützung von Schutzräumen von LGBTQI+ Organisationen vor Ort. Wenn “feministische Außenpolitik” nicht nur leere Worte bleiben sollen, muss die Bundesregierung das Leben von LGBTQI+ schützen und das Gesetz öffentlich und gemeinsam mit internationalen Partnern verurteilen!”* sagt Wieland Speck/Dirk Ludigs, Mitinitiator des [Offenen Briefs](#) an die Bundesregierung zur Situation von LGBTQI+-Personen in Uganda vom 12. Mai 2023.

*“Die Unterschrift des Präsidenten ist als eine unmenschliche Tat zu verurteilen. Die deutsche Bundesregierung muss das Gesetz öffentlich verurteilen und harte Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit der ugandischen Regierung in Erwägung ziehen. Gleichzeitig sind zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere LGBTQI+ Community-Organisationen in Uganda auf Solidarität angewiesen. Schnelle, unbürokratische Unterstützung von LGBTQI+ Organisationen vor Ort und Humanitäre Visa für Menschen in großer Gefahr müssen auf die Tagesordnung der Bundesregierung”,* fordert Edward Mutebi, Menschenrechtsaktivist, Gründer der Gemeinschaftsorganisation Let's Walk Uganda und Gründungsmitglied des Schriftstellerverbandes PEN Berlin. Im Januar noch wurde Edward Mutebi als Ehrengast vom deutschen Bundestag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus geladen.

*“Vor kurzem hat der deutsche Bundestag der Verfolgung von LGBTQI+ unter dem nationalsozialistischen Regime gedacht und dabei unterstrichen, dass dies nie wieder passieren darf. Nun werden in Uganda die gesetzlichen Voraussetzung für eine Wiederholung von einem solchen Verbrechen an der Menschlichkeit geschaffen. Der Bundestag und die Bundesregierung müssen ihr Bestes tun, dies zu verhindern.”* sagt Joseph Kiggundu, in Berlin lebender Ugandischer Menschenrechts- und LGBTQI+ Aktivist, der auch am 24.05.2023 als Sachverständiger im Menschenrechtsausschuss des deutschen Bundestags geladen war.